

Umfangreiche Auflagen sollen die Eingriffe in die Natur mindern

Regierungspräsidium genehmigt die von Knauf Marmorit in Bollschweil beantragte Steinbrucherweiterung / Bürgerinitiative spricht von "Fehlentscheidung".



Das Kalkwerk in Bollschweil Foto: Archiv:Silvia Faller

FREIBURG/BOLLSCHWEIL (gln.). Das Regierungspräsidium Freiburg (RP) genehmigt die vom Unternehmen Knauf Marmorit in Bollschweil beantragte Erweiterung des Steinbruchs in Richtung Urberg in einer Größe von 15,6 Hektar auf der Gemarkung Ehrenkirchen. Die 50-seitige Genehmigung wird vom 17. bis zum 30. September in den Gemeinden Ehrenkirchen, Bollschweil, Pfaffenweiler und im Regierungspräsidium ausgelegt und kann dort eingesehen werden. Im Unternehmen ist man mit der Genehmigung zufrieden, die Initiative "Bürger für den Urberg" spricht von einer "Fehlentscheidung". Seit mehr als zehn Jahren wird das Thema Steinbrucherweiterung in der Bevölkerung und in den Gemeinderäten zum Teil heftig diskutiert.

In der Mitteilung des RP heißt es jetzt, der Antragsteller habe nach Bundesimmissionsschutzgesetz einen Anspruch auf Genehmigung seines Vorhabens, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen. Dazu gehöre, dass in der Nachbarschaft keine Belästigungen oder schädliche Umweltauswirkungen auftreten dürfen. Nach den vorliegenden Prognosegutachten, so das RP, werden die

Grenzwerte für Staub und auch für Lärm eingehalten. Auch die Lockerungssprengungen, das Verladen des Materials und das Abkippen des Ladeguts führten zu keiner Überschreitung der Schallgrenzwerte.

Daher sei das Vorhaben grundsätzlich genehmigungsfähig. Allerdings sei auch zu berücksichtigen gewesen, dass die Erweiterungsfläche in einem nach der europäischen Natura 2000-Richtlinie geschützten FFH-Gebiet ("Schönberg mit Schwarzwaldhängen") und in einem Landschaftsschutzgebiet liegt und Belange des Artenschutzes betroffen sind. Hier sei eine Abwägung des Naturschutzes auf der einen und der Sicherung der Rohstoffnutzung auf der anderen Seite notwendig gewesen. Es sei insbesondere zu prüfen gewesen, ob zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses vorlagen, die einen Eingriff in die geschützten Gebiete rechtfertigen.

Für die Genehmigung sprachen nach Auffassung des Regierungspräsidiums die Sicherung des Rohstoffbedarfs, der Erhalt der Arbeitsplätze und fehlende Alternativen, diesen Rohstoff in räumlicher Nähe mit technisch-wirtschaftlich vertretbarem Aufwand zu gewinnen. Das Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau hatte sich bereits dafür ausgesprochen, den bestehenden Steinbruch zu erweitern, statt an anderer Stelle einen neuen aufzufahren. Auch der Regionalverband Südlicher Oberrhein stütze diese Auffassung; Abbaustätten oberflächennaher Rohstoffe seien nach seiner Auffassung unter bestimmten Bedingungen auch in regionalen Grünzügen zulässig.

Beim Thema "Naturschutz" macht das RP in der Genehmigung zahlreiche und umfangreiche Auflagen, eine umfassende Rekultivierung wird vorgegeben. Vorgesehen ist unter anderem die Erhaltung von gefährdeten Pflanzenarten und Biotopen durch Verpflanzung oder Wiederherstellung sowie ein Fledermausmonitoring mit Risikomanagement. Darüber hinaus wird die Firma Knauf Marmorit verpflichtet, das Gebiet nach dem Abbau abschnittsweise von Norden nach Süden zu rekultivieren. Der erste Abschnitt soll bereits nach 10 Jahren verfüllt sein. Die restlichen Flächen werden sukzessive zum Abbau wieder renaturiert. "Dementsprechend ergab auch die Umweltverträglichkeitsstudie, dass durch die beabsichtigten Maßnahmen zu Vermeidung, Minderung, zum Ausgleich und Ersatz sichergestellt ist, dass nach Abschluss des Vorhabens keine erheblichen Beeinträchtigungen für die Umwelt vorliegen werden", so Astrid Hahn, im RP für das Verfahren zuständig.

Zufrieden mit der Entscheidung aus Freiburg ist man bei Knauf Marmorit, so Erwin Eckert, Gesamtprokurist bei Knauf. Mit den Auflagen könne das Unternehmen leben. Wie in der Genehmigung vorgesehen, werde nicht vor dem 1. Januar 2012 mit der Erweiterung des Steinbruchs begonnen.

"Wir halten diese Genehmigung für eine Fehlentscheidung", sagt hingegen die Initiative "Bürger für den Urberg". Mit der Erweiterung des Kalkabbaus sei der Naturschutz unterlegen, so Wolfgang Schupp in einer Pressemitteilung. Er spricht von einer "Ausnahmegenehmigung, die trotz wichtiger Gegenargumente der Oberen Naturschutzbehörde erteilt wurde. Gefolgt wurde statt dessen den Argumenten der Gutachter, die von der Firma, die abbauen will, bezahlt werden. Das

Regierungspräsidium hält diese für plausibel und überzeugend." Die Initiative fürchtet, dass im Abbaugbiet Lebensstätten streng geschützter Pflanzen und Tiere zerstört werden. Die vorgegebenen Ausgleichsmaßnahmen erfüllten ihren Zweck nicht.

Die Initiative bezweifelt, dass es zwingende Gründe des öffentlichen Interesses wie die Rohstoffsicherung für den Abbau gibt. Andere Kalkvorkommen weit besserer Qualität, so die Initiative, seien im Umkreis von 100 Kilometern ausreichend vorhanden. Gewichtige öffentliche Interessen würden verletzt: Nachhaltigkeit und Erhalt der biologischen Vielfalt. Beiden Zielen habe sich die deutsche Politik seit über einem Jahrzehnt verpflichtet. "Diese Ausnahmegenehmigung ist für uns Ausdruck einer überholten Politik."

Am Schönberg wird seit 1920 Kalk für die Bauindustrie abgebaut. Mit der Steinbrucherweiterung soll der weitere Bedarf für die nächsten 15 Jahren gedeckt werden. Probebohrungen und -schürfungen hatten ergeben, dass die "tertiären Kalkkonglomerate" dort einen hohen Reinheitsgrad aufweisen, heißt es in der Mitteilung des Regierungspräsidiums. Die Schichtenmächtigkeit des Kalkvorkommens beträgt bis zu 65 Meter. Es lassen sich hieraus Branntkalk herstellen, die als Weißkalk, Weißkalkhydrat und Stückkalk in den Handel kommen. Der nicht gebrannte Steinanteil wird zu Körnungen und Steinmehl verarbeitet.